

werden. An konstruktiver Haltung und gutem Willen wird es unsererseits niemals fehlen. Unsere Partei und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind nach wie vor bereit, auf Schritte der Bonner Regierung, die der realen Lage Rechnung tragen, positiv zu reagieren.

Die Deutsche Demokratische Republik hat in bezug auf ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa ein klares Konzept:

1. Die Deutsche Demokratische Republik tritt für die baldmögliche Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz ein und ist bereit, als gleichberechtigter Teilnehmer auf ihren Erfolg hinzuwirken. Allerdings steht es den Interessen des europäischen Friedens entgegen, wenn der Vorbereitung einer solchen Konferenz durch Vorbedingungen immer wieder Hindernisse in den Weg gelegt werden, wie das seitens der USA, der NATO und der BRD geschieht. Wir erheben für die Vorbereitung und Durchführung der europäischen Sicherheitskonferenz, wie alle unsere Verbündeten, keine Vorbedingungen.

2. Wir bekunden erneut unsere Bereitschaft, Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen und ihrer Spezialorganisationen zu werden. Die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die UNO würde vollauf dem Prinzip der Universalität der Weltorganisation entsprechen und für die Entspannung in Europa gewiß von Nutzen sein.

3. Die Deutsche Demokratische Republik erklärt ihre Bereitschaft, mit allen Staaten normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Dabei gehen wir von der Gleichberechtigung aller Staaten aus und lassen uns von dem selbstverständlichen Grundsatz leiten, daß jeder Staat die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik in gleicher Weise achtet wie die Deutsche Demokratische Republik ihrerseits die Souveränität anderer Staaten voll respektiert.

4. Die Deutsche Demokratische Republik tritt weiterhin für die Aufnahme normaler Beziehungen entsprechend den Regeln des Völkerrechts auch zur BRD ein. Die Regierung der BRD kennt unsere diesbezüglichen Vorschläge seit langem bis ins einzelne. Allerdings hat sie ihre destruktive Haltung zu einer Regelung, wie sie zwischen allen souveränen Staaten üblich ist, bisher nicht aufgegeben. Selbstverständlich ist die von Bonn in diesem Zusammenhang vertretene Formel von „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ kein Beitrag für, sondern ein Torpedo gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und zugleich gegen die europäische Sicherheit. Diese These, die mit der Wirklichkeit auf Kriegesfuß steht, zielt auf nichts anderes ab, als das Völker-